

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

12. März 1958

244/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend Außerachtlassung der Voraussetzungen für den Schulaufsichtsdienst
anlässlich der Bestellung von Aufsichtsorganen in Oberösterreich.

-.-.-.-.-

Der Volksschuldirektor Dr. Gustav Schmidberger in Mehrnbach wurde
dem Bundesministerium für Unterricht mit den Stimmen der Koalitionsparteien
an 1. Stelle zum Bezirksschulinspektor für den Schulbereich Ried in Vor-
schlag gebracht, obwohl er keine Lehrbefähigung für Hauptschulen besitzt.

Seitens der ÖVP wurde der akademische Grad des Volksschuldirektors
als hinlänglicher Ersatz für den Mangel der Lehrbefähigung erachtet.

Auch der frühere Bezirksschulinspektor Regierungsrat Ransmayr besaß
keine Lehrbefähigung für Hauptschulen.

In einem anderen Falle, es handelt sich um einen akademisch graduierten
Mittelschullehrer, forderte der Landesschulrat zur Bekleidung des Postens
an einer Hauptschule, daß sich der Bewerber der Lehrbefähigungsprüfung für
Hauptschulen unterziehe; diesfalls erblickte man weder im akademischen Grad
noch in der Lehrbefähigung für Mittelschulen einen hinlänglichen Ersatz für
die Lehrbefähigungsprüfung an Hauptschulen; freilich betraf diese Verfügung
ein ehemaliges Mitglied der nationalsozialistischen Partei.

Das Vorgehen des O.Oe. Landesschulrates beweist, daß man nicht daran
denkt, sich vom Proporzsystem abzuwenden und Besetzungen von Dienstposten
nach objektiven Gesichtspunkten vorzunehmen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-
minister für Unterricht die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Unterricht bereit, dafür zu sorgen,
daß zu Beamten der Schulaufsicht nur solche Personen ernannt werden, welche
die Lehrbefähigung für die betreffende Schulgattung besitzen?

-.-.-.-.-